

LINKE braucht Glaubwürdigkeitsoffensive

Auszüge aus der Rede von Dr. Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarischen Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE., auf Kreisparteitag der LINKEN Teltow-Fläming am 26. November 2011 in Luckenwalde

„...Wir erleben politisch bewegte Zeiten: Eurokrise, Wirtschaftskrise, Gesellschaftskrise. Die vielfach aufgespannten Rettungsschirme funktionieren nicht, nützen jedoch den Banken und Spekulanten. Dies alles wird mit Steuergeldern unterstützt, eine Regulierung der Finanzmärkte findet jedoch nicht statt. Die Beteiligung der privaten Gläubiger, der Banken, der Versicherer - all der Profiteure der Spekulationen also - ist weiterhin kein Thema... Die Politik hat das Primat über die Wirtschaft verloren, die Demokratie hat vor den Banken kapituliert.

Wir brauchen kein Europa der Banken, wir brauchen ein Europa der Menschen und für die Menschen. Das heißt: Eine gemeinsame europäische Politik, nicht zuerst und allein eine Finanzpolitik, sondern vor allem auch eine gemeinsame Sozialpolitik. Statt wirtschaftlichem Gegeneinander muss Europa ein solidarisches Miteinander sein und dafür steht DIE LINKE!

...Die Berichterstattungen der letzten Tage im Bezug auf den rechtsextremistischen Terror zeigen deutlich die hilflosen Aktionen der Sicherheitsbehörden. Zu viele fallen nun aus allen Wolken. Viel zu viele waren viel zu lange auf dem rechten Auge blind, es wurde verharmlost, heruntergespielt und Zahlen wurden geschönt. V-Leute wurden zu Straftaten ermächtigt, Antifaschisten und linke Vereine mit der Extremismusklausel der Bundesministerin Schröder schikaniert, Rechts- und Linksextremismus gleichgesetzt.

Die Sicherheitsbehörden, aber auch ein Teil der politisch Verantwortlichen, haben versagt. Und wie sieht denn nun die öffentlich zugesicherte schonungslose Aufklärung aus? Der Verfassungsschutz darf seine Akten schon nach fünf Jahren vernichten, jeder normale Bürger muss zum Beispiel seine Steuerunterlagen zehn Jahre lang aufbewahren!

Und trotz der Trauer, dem Entsetzen und der Scham darf es nicht dabei allein bleiben – es müssen Taten folgen! Für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus darf in unserem Land kein Platz sein! Hierzu ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens notwendig und deshalb ist es gut, dass die Union über ihren Schatten gesprungen ist und im Bundestag erstmals eine gemeinsame Erklärung aller im Parlament vertretenden Fraktionen möglich wurde. Jetzt muss jedoch auch gehandelt werden!

Der Bundesinnenminister bezeichnete in dieser Woche die NPD als eine verfassungsfeindliche Partei, die NPD muss daher also verboten werden! Dazu müssen jedoch die V-Leute abgeschaltet werden. Dass wir diese nicht brauchen und sie vollkommen überflüssig sind, zeigen die jüngsten Ereignisse: Zehn Jahre konnte die rechte Terrorzelle schalten und walten, wie sie wollte.

...In dieser Woche fanden die abschließenden Haushaltsberatungen für 2012 im Bundestag statt. Die Pläne wurden durch die Regierungskoalition erwartungsgemäß bestätigt. Damit einhergehend verstärkt sich die soziale Schieflage und von einer gerechten Steuerpolitik ist man weit entfernt. Dafür fanden mit fast fünf Milliarden Euro erhebliche Kürzungen beim Arbeitsmarkt statt. Insbesondere Eingliederungsmittel und Weiterbildungsmaßnahmen wurden zusammengestrichen.

Die Bundesregierung begründet dies mit den sinkenden Arbeitslosenzahlen - anders gesagt: Sie berauscht sich an den Zahlen. Diese müssen jedoch hinterfragt werden: Wie viele der Arbeitsverhältnisse sind befristet? Wie viele Menschen befinden sich in Leiharbeit? Wie viele sind in der Teilzeitarbeit? Und wie viele Menschen können trotz Arbeit von ihrem Einkommen nicht leben und beziehen gleichzeitig Hartz IV? Laut Statistik sind das 1,4 Millionen und die Zahlen steigen weiter. Das ist ein Skandal! Neben einer nachhaltigen Arbeitsmarktförderung brauchen wir endlich auch einen gesetzlichen Mindestlohn.

...die Themen liegen auf der Straße. Linke Antworten werden gebraucht und sind gefragt. Dennoch sind die aktuellen Umfragen für uns eher ernüchternd. Wir haben uns zu lange mit uns selbst beschäftigt, die Auseinandersetzung um Personal war uns wichtiger als die inhaltliche. Viel zu lange haben wir uns mit Themen beschäftigt, die außer uns niemanden interessieren. Wege zum Kommunismus wurden gesucht, dabei wären Wege aus der Existenzangst vieler Menschen viel wichtiger... die Menschen bewegt eher die Auswirkung der Krise auf sie persönlich.

Gut ist, dass wir mit einer klaren Mehrheit unser Parteiprogramm verabschiedet haben. Das muss nun aber auch mit Leben erfüllt und praktischer Politik verbunden werden. Die klare antikapitalistische Analyse muss mit konkreten Vorschlägen zu Veränderungen einhergehen. Es stellt sich also auch die Frage nach dem Gebrauchswert. Für Veränderungen müssen wir uns Partner suchen, uns öffnen, wir müssen raus und auf die Menschen zugehen!... Wir brauchen eine Glaubwürdigkeitsoffensive. Das betrifft sowohl den Realitätsgehalt unserer Forderungen... und besonders auch die Haltbarkeit der Forderungen in Regierungsverantwortung. In Brandenburg hat DIE LINKE gegenüber der SPD einiges erreicht, aber wie geht es weiter?

Der Beschluss über das Parteiprogramm ist ein wichtiger Schritt und deutliches Signal: DIE LINKE kann sich einigen! Wir müssen jetzt unseren Platz im politischen System behaupten, denn DIE LINKE wird gebraucht. Sorgen wir dafür, dass es sehr viele merken!..."